

Utopien

Ein neuer Stern ist am linken Rand des Luxemburger Zeitschriftenhimmels aufgegangen. Die erste Nummer von "Utopien" besteht aus 16 zusammengehefteten Seiten in einem einfachen, aber ansprechenden Layout.

Man wolle "revolutionäre Politik in einer nichtrevoluzionären Zeit machen", so heißt es im Editorial. LeserInnen, die sich an den Vokabeln stören, sollten am besten das Manifest überblättern und sich auf die weiteren Artikel einlassen. Zum Gipfel von Nice findet sich eine leidenschaftliche Kritik an der Sozialcharta und eine Beschreibung der Unterdrückung des Gegengipfels (auf Französisch). Ein längerer Beitrag analysiert die Flüchtlingspolitik und plädiert für eine linke Haltung, die über das rein Humanitäre hinaus geht - sicher ein wichtiger Input für die Diskussionen in den NGO.

Wofür steht "Utopien"? In dieser postmodernen Zeit herrscht unter Gutmenschen und Graswurzel-OptimistInnen eine irrationale Abneigung gegen die Trumpfkarten der Geschichte, die Revolutionen. Das Manifest von "Utopien" hingegen kreist ständig um die heilsbringende Große Veränderung. Hoffentlich versperrt dies nicht den Blick auf die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, die heute schon stattfinden und auf die es einzuwirken gilt.

No audience for Janis Joplin

Zum dritten Mal präsentierten die Grünen dem Plenum des Parlaments eine Gesetzesinitiative über eine mögliche Funktionsweise der zukünftigen Rockhalle in Esch-Belval. Ihre Sorge war vor allem, dass seit dem faktischen Moratorium wiederum jahrelang über Standort und Stahlbeton diskutiert werde statt über die Inhalte, die dieser neuen Institution zuerkannt werden könnten. Im Gegensatz z.B. zur Konzerthalle auf Kirchberg, die von einer starken Lobby unterstützt wurde, fehlt es der Rockhalle am notwendigen "support act" seitens interessierter MusikerInnen und potentieller BesucherInnen. Eine solche Institution könnte, ähnlich wie bei der des noch nicht betriebsbereiten Pei-Museums, das Terrain für die künftigen Aktivitäten vorbereiten.

Viel Anklang fand auch dieses dritte Rock-Gig bei der Regierung nicht. Die zuständigen MinisterInnen Hennicot-Schoepges und Wolter hatten eine Geburtstagfeier des LCGB vorgezogen. Der CSV-Sprecher Fred Sonnen meinte gar, die Initiative käme zu früh, erst müsse das neue Bauprojekt stehen. Wer nichts verstehen will ...

Kulturelle Verstaatlichungswelle

Rund 84 Prozent der staatlichen Gelder im Haushalt 2001 des Kulturministeriums fließen bereits jetzt zurück an staatliche Kulturinstitute oder andere öffentlichen Einrichtungen. Nach der Betriebsaufnahme weiterer "établissement publics" könnte eine Quote von 93 Prozent im Jahre 2005 erreicht werden. Eine staatliche Kulturförderung in die eigenen Taschen, die nordkoreanischen Maßstäben gefährlich nahe komme, so meinten jedenfalls die Grünen anlässlich einer aktuellen Frage zu der angekündigten Überführung der "Asbl Théâtre National Luxembourg" in eine Anstalt öffentlichen Rechts. Wie das denn mit der Entflechtung der staatlichen Kulturpolitik in Einklang stünde, fragten die Grünen, übrigens im Chor mit einem Editorialisten des "LuxWort". Die Ministerin meinte, die vorgesehenen 19,4 Mio. LUF für das Staatstheater seien nicht zuviel für die anerkannte Leistungen der Hoffmann'schen Truppe, der Rest der insgesamt 59 Mio. LUF würde ohnehin an die übrigen kommunalen Theater und kleinen Bühnen verteilt. In Kürze will die Ministerin den zuständigen Ausschuss über die zitierten Leistungen aufklären.

BTB

Basler-Studie unter Beschuss

Viel, ein bisschen oder gar kein Tram - In Sachen BTB war die Parlamentsdebatte am vergangenen Mittwoch ein einziges Gänseblümchenzupfen.

(rw) - Der Abgeordnete Fränz Bausch (Déi Gréng) verwies in seiner Anfrage zunächst einmal darauf, dass die im Dezember vorgelegte Basler-Studie, die nicht gerade eine Lobeshymne auf das BTB-Konzept ist, auf veralteten Zahlen basiert. Vielsagend ist es schon, dass von den drei Szenarien, welche die Rentabilitätsstudie analysierte, das erste auf Bevölkerungs- und Arbeitsplatzzahlen beruht, die heute schon überholt sind, und das zweite (von Basler für 2020 prognostiziert) bereits 2002 Realität sein wird. Als einzig relevante Aussage der Studie bleibt nur noch das Szenario "hoch", das - für 2020 - von 347.000 Arbeitsplätzen ausgeht. Fränz Bausch schätzte jedoch auch diese Prognose als um zehn Jahre verspätet ein.

Come back to Luxtraffic

Zudem erkenne Basler die grenzüberschreitende Entwicklung des Verkehrs und die Kapa-

zitätsgrenzen, die der Auto- bustransport heute schon erreicht habe. Die propagierte sogenannte 0+-Lösung, die auf das verbesserte Zusammenspiel von Bahn und Bus setzt, löse in Wirklichkeit gar nichts, sondern verhindere eine Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass sich Alternativen zum Individualverkehr aufdrängen. Da die Basler-Studie im Grunde keine wesentlich neuen Erkenntnisse erbracht habe, empfahl Fränz Bausch, wieder auf die Luxtrafic-Studie von 1994 zurückzukommen. Diese hatte mit ihrer Bahnhybrid-Option ein Gesamtverkehrskonzept für die Region vorgeschlagen.

Die CSV-Redner Willy Bourg und Marco Schank brachen ebenfalls eine Lanze für das BTB-Konzept - kein Wunder, dass von den sozialistischen Bänken der Zwischenruf kam: "D'CSV schéckt hiert schlecht Gewessen eraus!" Allerdings wollte Willy Bourg erst einmal die Trassen rund um die Stadt gebaut sehen, ehe dann vielleicht das Stadtzentrum an der Reihe wäre. Paul Helming (DP) hatte ein schwereres Los: Immerhin war es seine Partei, die den BTB verhindert hat. Er trat deshalb die Flucht nach vorne an und warf dem Interpellanten vor, nicht auf die eigentliche Frage "déi vun der Entwécklung vun eisem Land a vun



Vor ein paar Jahren, als die BTB-Welt noch in Ordnung war, wurden konkrete Ideen zur urbanistischen Integration der Tram gemacht (hier am Bahnhofsvorplatz).

BELGIEN

Wie problematisch darf kiffen sein?

Belgien tut's: Der Konsum von Cannabis ist nicht länger strafbar. Mit der Light-Version der "dépénalisation" sind aber längst nicht alle zufrieden.



(dw) - Über 70 Prozent der Bevölkerung können nicht länger ignoriert werden. Davon scheint die belgische Regierung überzeugt gewesen zu sein, als sie sich auf den "Legalize-it"-Weg machte. Ein Weg, in den bei aller Motivation zur Liberalisierung so manche Schlangenlinie eingebaut werden musste. "Le but central de la note n'est pas la réglementation du cannabis. Nous savons que c'est un problème sensible mais notre démarche ne se limite pas à ce point-là", erklärt Gesundheitsministerin Magda Aelvoet ihren Schritt. Die 80 Seiten dicke "note politique" mit dem Titel "drogues", die seit 18. Januar auf dem Tisch liegt, beschreibt die allgemeinen Richtlinien der belgischen Drogenpolitik: Prävention, Umgang mit Süchtigen, Strafverfolgung und die Verminderung von Risiken.

Tatsächlich konzentrierte sich die politische Debatte in Belgien in den vergangenen Wochen je-

doch hauptsächlich auf die Cannabis-Frage. Zwei Drittel der BelgierInnen befürworten eine Legalisierung der Droge oder sind zumindest dafür, bei Cannabis-Konsum von einer strafrechtlichen Verfolgung abzusehen. In diesem Punkt spricht der Text allerdings keine sehr deutliche Sprache. "Toute détention de cannabis pour consommation personnelle ne provoquera plus de réactions de la part du système répressif", heißt es da. Und: "Sauf ci cet usage est considéré comme problématique ou créant une nuisance sociale." Kiffen ja - aber bitte in geordneten Bahnen und nur zum Vergnügen, so könnte man die neue Haltung der Regierung zusammenfassen. In Kommentaren und Expertenstatements wurde denn auch eifrig darüber debattiert, wann Cannabis-Konsum wohl "problématique" ist und wann nicht.

Verstoß gegen die Menschenrechte?

In der "note politique" werden keinerlei Angaben darüber gemacht, wieviel Gramm Gras oder Shit künftig straffrei in der Hosentasche mitgeführt werden dürfen. Der "usage problématique" wird anhand von Kriterien wie "l'intégration sociale d'une personne ou la perte de contrôle

den Äntwerten, déi mer dorop gin" eingegangen zu sein. Um dann die These zu entwickeln, ein Tramkonzept sei nicht angebracht, die Zahl der potentiellen ÖT-BenutzerInnen würde nicht dementsprechend steigen - auch nicht auf Kirchberg. Die Frage bleibt allerdings, weshalb "sein" Minister gerade hier ein Schienenfahrzeug fahren lassen will.

Ein Tram, so meinte auch Helming, würde nur für noch mehr Zentralisierung der Arbeitsplätze in der Hauptstadt sorgen. Damit lieferte er den sozialistischen Rednern das Stichwort. Sie wiesen darauf hin, das dezentrale Projekt Reha-Zentrum sei doch für die DP "d'lerfsënn" gewesen.

Transportminister Grethen gab am Ende der Debatte zu, dass die Basler-Studie eigentlich keine neuen Elemente gebracht habe. Allerdings sei diese Studie auch nicht von ihm bestellt worden, sondern - noch nach den Wahlen - vom vorigen Transportministerium. Die Regierung habe am 10. Januar ihre Entscheidung getroffen, die Bahnlinie Bahnhof-Findel-Kirchberg zu bauen, und dabei werde es bleiben: Anfang 2002 sollen dem Parlament die Details zu diesem Projekt vorgestellt werden. Hinter den Kulissen dürfte bis dahin das Gerangel darüber weitergehen, ob diese neue Bahntrasse (nach dem Willen der DP) das einzige konkrete Resultat von fünfzehn Jahren Tram-Debatte sein wird, oder (wie es immer mehr CSV-Verantwortlichen vorschwebt) das erste Stück eines neuen Tramnetzes.

de sa consommation" beschrieben. Eine Definition, die unmittelbar nach der Veröffentlichung des Textes die "Ligue des droits de l'homme" (LDH) auf den Plan gerufen hat. Weil die soziale Integration als Hauptkriterium gelte, seien "des groupes de population plus précarisés plus susceptibles d'être contrôlés que d'autres", so Marie-Sophie Devresse von LDH. "Il y a là un réel problème d'égalité des chances devant la loi." Auch in anderen Passagen berufe sich der Text allzu oft auf zweifelhafte Bedingungen, unter denen von einer strafrechtlichen Verfolgung abgesehen werde. "Des conditions comme la non-fréquentation de certains lieux et l'organisation judicieuse des loisirs sont imposées comme de nouvelles formes de sanctions. Or c'est bien là une manière pour le pénal de s'immiscer dans la sphère intime des personnes", so Sophie Devresse.

Der Ball liegt also nun bei der Justiz: Ob ein "arrêt royal" oder eine "directive ministérielle" die genaue Gesetzespraxis festlegen wird, ist noch unklar. Eine präzisere Definition des "consommateur problématique" auszuarbeiten, dürfte dabei eine der schwierigeren Übungen sein.